

## Positionspapier

### Jugendpolitische Prioritäten im EU-Haushalt nach 2020

Verabschiedet durch den Vorstand der Jusos Brüssel am 8. März 2018

Die Jusos Brüssel fordern eine Schwerpunktsetzung des EU-Budgets und der europäischen Kohäsionspolitik nach 2020 auf die Jugend Europas. Als Brüsseler Jungsozialistinnen und Jungsozialisten befürworten wir eine EU, die sich um die jüngere und jüngste Generationen kümmert. Wir wollen eine EU, die junge Menschen schützt und es ihnen ermöglicht, ihre gewünschten Lebenswege selbstbestimmt einzuschlagen, von der Kindheit, über Erziehung und Ausbildung, bis Universität und zum ersten Job.

Konkret bedeutet dies, dass die EU sich auf folgende Bereiche der Jugendpolitik konzentrieren sollte:

1. Beseitigung der Kinderarmut, durch die Einführung eines europäischen Kindergarantiefonds
2. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, durch die Fortsetzung und Erweiterung der europäischen Jugendgarantie
3. Förderung der Bildungsmobilität, durch die Fortsetzung und den Ausbau des Erasmus-Plus-Programms

#### 1. **Beseitigung der Kinderarmut in der EU**

Barrieren für Chancengleichheit und für die Möglichkeit, ein Leben in Selbstbestimmung und –erfüllung zu leben, werden schon im frühen Lebensalter gesetzt. Kinder, die in Armut und sozialer Exklusion aufwachsen schneiden tendenziell schlechter in der Schule ab, leben ungesünder und haben Schwierigkeiten ihre vollen Potenziale später im Leben abzurufen, da sie in höherem Masse von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Exklusion im Jugend- und Erwachsenenalter bedroht sind. Chancengleichheit ist daher eng mit dem Kampf gegen Kinderarmut verknüpft, z.B. durch die Verbesserung von Zugang von Kindern zu Betreuung, Gesundheitsfür und –vorsorge, Bildung, Wohnen und Ernährung.

Und dennoch lebt mehr als jedes vierte Kind (0-17 Jahre alt) in Europa (26.9%) in einem Haushalt, der von Armut und sozialer Exklusion bedroht ist. Kinderarmut ist ein Problem in ganz Europa: Sogar in dem am besten abschneidenden Land, Schweden, lebt immer noch jedes siebte Kind (14%) in Armut, während es in Rumänien fast jedes zweite Kind (46.8%) betrifft.

Die EU unterstützt bereits die Mitgliedsstaaten und Regionen in ihren Bestrebungen die Kinderarmut zu bekämpfen, z.B. durch den Europäischen Sozialfonds, den europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, Strukturfonds, oder das Schulobst-, -gemüse- und –milchprogramm der EU.

Diese Förderungslandschaft ist jedoch sehr komplex und unklar. Die Effizienz dieser Programme zur Bekämpfung der Kinderarmut ist nicht feststellbar, da keine Zahlen verfügbar sind, welcher Anteil dieser und anderer Programme spezifisch für die Förderung des Kindeswohls aufgewendet wird.

**Daher fordern wir innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens der EU nach 2020 die Einführung einer europäischen Kindergarantie.**

Die europäische Kindergarantie ist ein europäischer Fonds der exklusiv dafür genutzt werden soll, um nationale und regionale Politik im Kampf gegen Kinderarmut zu unterstützen. Diese Maßnahmen könnten z.B. darin bestehen, Kindern Zugang zu Kundenbetreuung, Gesundheitsfür- und -vorsorge, Bildung, Wohnen und Nahrung zu gewährleisten. Solch ein Fonds muss auch mit besseren Mechanismen zur Verfolgung und Evaluierung der verwendeten Mittel einhergehen.

Mitgliedsstaaten und Regionen sollten klare und glaubwürdige nationale und/oder regionale Aktionspläne zur Bekämpfung der Kinderarmut erarbeiten, welche Maßnahmen der Kommissionsempfehlung „Investition in Kinder“ enthalten sollten. Solche Aktionspläne könnten als Voraussetzung für den Erhalt von Fördermitteln aus einem zukünftigen Kindergarantiefonds dienen.

## **2. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

Der Übergang von Bildung oder Ausbildung zum Berufsleben ist ein entscheidender Schritt für junge Menschen, die Unabhängigkeit erlangen und ihre Zukunft planen möchten. Aber viele junge Arbeitssuchende begegnen vielen Schwierigkeiten beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit in frühen Jahren führt statistisch zu vermehrter Arbeitslosigkeit im späteren Leben und zu niedrigerem Einkommen insgesamt und erhöht das Armutsrisiko („Narbeneffekte“). Auch heute noch ist fast jeder fünfte Jugendliche in der EU arbeitslos, insbesondere in den südlichen Mitgliedsstaaten der EU. Die EU muss hier dringend tätig werden, um die Regionen zu unterstützen, die besonders hart von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Jusos Brüssel unterstützen daher die Fortsetzung – und den Ausbau – der europäischen Jugendgarantie. In den vergangenen Jahren, seit ihrer Einführung im Jahr 2014, hat die europäische Jugendgarantie im Rahmen der europäischen Kohäsionspolitik einen grossen Beitrag dazu geleistet, junge Menschen in Arbeit, Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder Praktikum zu bringen. Die Jugendgarantie ist einer der erfolgreichsten und am schnellsten umgesetzten Strukturreformen in Europa, mit klaren Gewinnen für seine Bürgerinnen und Bürger.

**Daher fordern wir innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens der EU nach 2020 eine Fortsetzung und Erweiterung der europäischen Jugendgarantie.**

Die Jugendgarantie muss nach 2020 mit deutlich mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden innerhalb von vier Monaten eine Unterstützung erhalten können. Die

Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass für eine flächendeckende Umsetzung von Jugendgarantieprogrammen in der Eurozone alleine 21 Milliarden EUR und in der EU-28 bis zu 45 Milliarden EUR benötigt würden. Die Jugendgarantie sollte ein dauerhaftes Instrument des europäischen Sozialmodells werden.

Zudem sollte die Jugendgarantie auch für Jugendliche bis zu einem Alter von 30 Jahren geöffnet werden. Viele Jugendliche verlassen erst nach ihrem 25. Lebensjahr ihre Ausbildung und konnten somit bisher nicht von Programmen im Rahmen der Jugendgarantie profitieren. Mehr Aufmerksamkeit sollte der Qualität der Angebote im Rahmen der Jugendgarantie geschenkt werden, damit insbesondere die Angebote den Qualifikationen der Hilfesempänger\*innen entsprechen und ihnen eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt sichert.

Höhere Standards der sozialen Sicherung, angemessener Vergütung, Arbeitnehmerrechte, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Art des Vertrags, der benötigten Qualifikationen und Verfügbarkeit von zusätzlichen Trainings sollten gefördert werden.

Ebenfalls könnte im Rahmen der Jugendgarantie die grenzüberschreitende Mobilität gefördert werden, wo dies von Teilnehmenden gewünscht wird (Förderung von Spracherwerb, bessere Verknüpfung der Arbeitsmärkte und Bildungssysteme). Erstes Ziel sollte jedoch sein, dass Jugendliche Arbeit oder Aus- oder Weiterbildung in ihrer Heimatregion finden können.

### **3. Förderung der Bildungsmobilität, durch die Fortsetzung und den Ausbau des Erasmus-Plus-Programms**

Die Jusos Brüssel fordern einen Ausbau der Jugendaustauschprogramme der EU, um eine breitere Wirkung zu entfalten. Erfolgreiche Austauschprogramme sollten finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Viele von uns haben selber dank dem Erasmus-Plus-Programm Auslandserfahrung in Form von Praktika und Auslandsemestern sammeln können. Klar ist, dass wir diese Erfahrungen aber nur dank Förderung aus unserem persönlichen Umfeld realisieren konnten.

**Daher fordern wir innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens der EU nach 2020 die Förderung der Bildungsmobilität, durch die Fortsetzung und den Ausbau insbesondere des Erasmus-Plus-Programms, sowie und die verstärkte Ausrichtung von Jugendprogrammen auf Bedürftigkeit,** damit möglichst vielen Menschen eine solche europäische Erfahrung ermöglicht werden kann.

Höhere monatliche Zahlungen an Erasmus-Plus-Teilnehmende ermöglichte es beispielsweise breiteren Bevölkerungsschichten, dieses Programm wahrzunehmen. Wir halten es für sinnvoll, wenn die Förderung auch am Maßstab der Bedürftigkeit bemessen wird. Ganz generell müssen Maßnahmen getroffen werden, um vor allem benachteiligte Jugendliche zur Teilnahme an internationalen Austauschen zu befähigen und zu begleiten.

Erasmus-Plus-Gelder sollten nicht nur verstärkt für sozial benachteiligte Menschen eingesetzt werden, sondern auch so vergeben werden, dass Menschen aus allen Bildungsbereichen davon profitieren. Zurzeit nehmen lediglich 1% der Jugendlichen in Berufsausbildung an

Erasmus-Programmen teil, und Erasmus-Plus wird vor allem als Studierendenaustauschprogramm wahrgenommen. Daher müssen die Programme breitenwirksamer, inklusiver und barrierefreier werden. Im Ausland erworbene Qualifikationen müssen europaweit leichter anerkannt werden, sodass es größere Anreize gibt, sich im Ausland fortzubilden. So wird das Programm auch für Schüler und Auszubildende interessanter.

Ferner bedauern wir, dass mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU Studierende aus diesem Land möglicherweise nicht mehr an Erasmus-Plus-Programmen teilnehmen können. Wir erachten die Fortsetzung des Jugendaustauschs als eine wesentliche Voraussetzung, um auch nach dem Brexit weiterhin gute Beziehungen zu Großbritannien und ein europäisches Zugehörigkeitsgefühl dort zu fördern. Im Übrigen ermutigen wir die Kommission das Programm auf weitere Programmländer auszuweiten, insbesondere auf solche, denen ein EU-Beitritt in näherer Zukunft in Aussicht gestellt wird.

Ansätze wie die Idee des "Interrail-Tickets zum 18. Geburtstag" sehen wir skeptisch. Zwar ist zu begrüßen, dass die Idee einen wichtigen Kritikpunkt aufgreift – dass zu wenige Menschen bisher von Austauschprogrammen profitieren. Wir sind aber der Meinung, dass europäischer Austausch mehr bieten muss als die Finanzierung eines Zugtickets. Von zentraler Bedeutung ist es, Räume des interkulturellen Austausches zwischen jungen Menschen aus ganz Europa und aus allen sozialen Schichten zu ermöglichen. Würde man allein das Zugticket finanzieren, entstünden Kosten von bis zu 1,5 Mrd. Euro jährlich. Mit der Finanzierung des Interrail-Tickets ist es nicht getan. Auch Unterkunft, Freizeit, und Lebensmittel müssen finanziert werden – das kann sich, gerade unter den Bedingungen der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der Zahl Jugendlicher NEETs (nicht in Arbeit, Ausbildung, oder Schulung), nicht jede und jeder leisten. Deswegen ist das "Interrail-Ticket für alle" eher ein Ticket für Privilegierte.